



Fraktion DIE GRÜNEN * Caroline Oursin Juraweg 15 79540 Lörrach*

An
Herrn Oberbürgermeister Jörg Lutz und
Frau Bürgermeisterin Monika Neuhöfer-Avdić
Rathaus Lörrach
Luisenstr. 16
79539 Lörrach

Lörrach, den 22.01.2021

Antrag zur Parkplatzbewirtschaftung

Um dem aktuell beschlossenen Beitritt zur Charta des AGGLO-Programms Basel zur „Harmonisierung der Parkraumbewirtschaftung“ möglichst rasch Substanz zu verleihen, wird die Verwaltung beauftragt, den aktuellen Stand der Parkraumbewirtschaftung in Lörrach darzustellen. Dies betrifft nicht nur die gebührenpflichtigen Innenstadtparkplätze, sondern die Gesamtheit der in Lörrach als Parkraum nutzbaren und genutzten Straßenräume. Damit soll die Basis für eine ebenfalls zeitnah zu führende Diskussion gelegt werden, in welchen Stadtteilen/Zonen eine Erweiterung der Parkraumbewirtschaftung, d.h. das Einrichten von Bewohnerparkplätzen und Zeitparkplätzen u.s.w. sinnvoll ist. Angesichts dramatischer knapper Kassen wäre es darüber hinaus wünschenswert, bereits in diesem frühen Stadium erste Kalkulationen darüber vorzulegen, mit welchem Verwaltungsaufwand zu rechnen ist bzw. welcher finanzielle Rückfluss aus diesen Maßnahmen erwartet werden kann.

Begründung:

Die aktuelle Coronakrise hat noch einmal in besonderer Weise vor Augen geführt, welche Bedeutung öffentlichem städtischem Raum auch jenseits von reinen Konsum- und Verkehrsflächen als Aufenthaltsmöglichkeit mit qualitativ hochwertiger Verweil- und Nutzungsqualität zukommt. Es hat sich gezeigt, dass Lörrach hier – wie viele andere Städte auch – erheblichen Nachbesserungsbedarf erkennen lässt.

Ein wesentlicher Faktor stellt dabei die Tatsache dar, dass insbesondere der limitierte Straßenraum in Wohnquartieren als Park- und Abstellraum durch Fahrzeuge immer dichter zugestellt wird, was nicht nur jede andere Nutzung praktisch komplett verhindert, sondern auch den Straßenverkehr selbst auf diesen Straßen immer schwieriger gestaltet. Autofahrer, Fußgänger und Radfahrer leiden gleichermaßen an steigender Unübersichtlichkeit und Enge. Die Einrichtung sicherer Radwege kollidiert oft genug mit parkierenden PKW-Kolonnen. Hauptverantwortlich für diese Entwicklung ist die stetig steigende Anzahl von KFZ, für die ihre Halter*Innen keine eigenen Abstellflächen vorweisen können – und bisher auch nicht müssen.

Der öffentliche Raum auf den Straßen ist jedoch limitiert und kann nicht in dieser Masse von nur einer Nutzergruppe privilegiert und zugleich kostenfrei beansprucht werden, sondern muss in Zukunft ausgeglichen verteilt werden. Daher kann das Parkieren auf den Straßen in Zukunft nicht mehr uneingeschränkt und auch nicht unentgeltlich erfolgen. Denn: Die Herstellung von öffentlichen Parkflächen ist für die Stadt mit Kosten von ca. 200€ pro m² verbunden, was bei einem durchschnittlichen Fahrzeugflächenverbrauch von ca. 12 m² einer Bereitstellungssumme von ca. 2400€ entspricht. (Darstellung Klaus Dullisch im AUT vom 21.1.2021).

Die Fraktion der Grünen unterstützt die Charta zur Parkraumbewirtschaftung der Agglo Basel ausdrücklich. Deren Ziel ist eine grenzüberschreitende Lenkung des Verkehrsaufkommens, des parkenden Verkehrs und des Parksuchverkehrs. Zonen mit hohem Parkierungsdruck können so identifiziert und Abhilfe gegen ungewollte Verlagerungen des Parkverkehrs geschaffen werden.

Nötig sind Anreize, die sowohl für die Problematik sensibilisieren als auch konkrete Lösungen bereitstellen, um den Parkdruck zu senken, indem Autos auf dem Privatgrundstück abgestellt oder Parkgaragenplätze genutzt werden. Für Anwohner, die hierfür keine Möglichkeit haben, sollen Anwohnerparkplätze eingerichtet werden. Zweit- und Drittautos müssen ausgewiesen werden und auch hier müssen sich die Besitzer um eine Abstellmöglichkeit bemühen.

Ungeregeltes Fremdparken muss wirksam verhindert werden.

Es muss deutlich werden, dass die Anschaffung eines Autos auch jenseits der eigentlichen Mobilität diverse Folgekosten nach sich zieht, die sich nicht mehr wie bisher gewohnt unentgeltlich externalisieren lassen. Die erhobenen KFZ-Steuern sind weit davon entfernt, die durch den MIV erzeugten Kosten auch nur annähernd zu decken.

Es soll in der Bevölkerung das Bewusstsein dafür wiederbelebt werden, dass öffentliche Straßenräume verschiedentlich genutzt werden können. Statt parkender Autos könnte Kindern mehr Platz gegeben werden; es könnten neue Grünräume entstehen, sichere, getrennte Verkehrswege für den Langsamverkehr eingerichtet und grundsätzlich die Attraktivität des Fuß- und Radverkehrs gefördert werden.

All diese Maßnahmen dienen dazu, unsere Straßen wieder mehr als Lebens- und Aufenthaltsraum zurückzugewinnen.

Mit freundlichen Grüßen


Caroline Oursin


Fritz Böhler für die Stadtrats-Fraktion Bündnis 90/DIE GRÜNEN